



# INFORMATIONEN

## aus der Forschung des BBR

### **Bundewettbewerb „Stadtumbau Ost“ – Vom Start mitten in die Arbeit**

**261 Kommunen und 10 Stadtteilgebiete in Berlin haben im Januar 2002 die Zusage für die Teilnahme am Wettbewerb und Bundesmittel für die Erarbeitung der Stadtentwicklungskonzepte erhalten. Für die Abgabe der Wettbewerbsbeiträge haben die Kommunen sechs Monate Zeit. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung fördert das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die Kommunen bei der Erarbeitung bzw. Weiterentwicklung ihrer Stadtentwicklungskonzepte durch fachliche Begleitung. Dazu finden im März und April Workshops statt. Zentrale Bedeutung kommt dabei auch dem Erfahrungsaustausch zu.**

Im Rahmen der Starterkonferenzen wurden die Kommunen über die Anforderungen an die Wettbewerbsbeiträge und den weiteren Fahrplan des Wettbewerbs informiert. In der Diskussion dominierten Fragen zur Präzisierung der Anforderungen sowie zur Bewertung und Vergleichbarkeit unterschiedlicher Stadtentwicklungsstrategien. Diese Fragen sollen mit den Kommunen anhand konkreter Themen in zwei Workshopreihen beantwortet werden.

In der ersten Workshopreihe werden die Themen „Leitbilder für den Stadtumbau“/ „Stadtgestaltung“, „Stadtumbaustrategien für Altbauquartiere“ und Stadtumbaustrategien für Neubauquartiere im Mittelpunkt stehen.

Beim Thema „Leitbilder für den Stadtumbau“/„Stadtgestaltung“ soll anhand von Beispielen gezeigt werden, wie sich stadtentwicklungspolitisch Präferenzen für

Stadtteile einer Stadt formulieren lassen, wie konzeptionell mit dem Überangebot an Wohnflächen umgegangen werden kann und umsetzungsbezogen gute Rahmenbedingungen für Stadtumbau geschaffen werden können.

Das Thema „Stadtumbaustrategien für Altbauquartiere“ befasst sich mit Wohnungseigentumsbildung in Altbauquartieren. Diskussionspunkte sind, welche Bevölkerungsgruppen Interesse am Wohnen in der Stadt haben und welche Anforderungen diese an Wohnung und Wohnumfeld stellen. Weiterhin wird die Angebotsstruktur in den Altbauquartieren verschiedener Städte diskutiert und wie Nachfrager und Angebot näher zusammengebracht werden können.

Bei den „Stadtumbaustrategien für Neubauquartiere“ wird es vorrangig um Bedarfsanalysen, zukünftige Bedürfnisse der Bewohner in Bezug auf Wohnung und Wohnumfeld, Realisierungschancen von Umbau- und Rückbaukonzepten sowie soziale Verträglichkeit gehen. Ein Schwerpunkt wird der Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen von Wohneigentümern und Bewohnern sein.

Die zweite Workshopreihe wird sich u. a. mit der Bewertung von Stadtentwicklungskonzepten befassen. Die Kommunen sollen über die Überlegungen der Jury unterrichtet werden und Gelegenheit erhalten, auf Kriterien hinzuweisen, die aus Sicht der Kommunen zu bedenken sind.

Ergebnisse werden kontinuierlich im Internet bekannt gegeben ([www.bmvbw.de](http://www.bmvbw.de)).

#### **Ansprechpartner:**

Dr. Karin Veith  
Geschäftsstelle des  
Wettbewerbs  
BBR  
Tel.: 018 88 – 401 22 97  
Fax: 018 88 – 401 23 15  
E-Mail:  
[Karin.Veith@bbr.bund.de](mailto:Karin.Veith@bbr.bund.de)

#### **Inhalt:**

- Stadtumbau Ost
- Hemmnisse der Wohneigentumsbildung
- Forschungsfeld „Stadtentwicklung und Stadtverkehr“ angelaufen
- Auftakt zum neuen Forschungsfeld „3stadt2“
- Initiative Architektur und Baukultur – Kongress „Baukultur in Deutschland“
- ESPON
- Planen und Bauen über Grenzen – Deutsche investieren, planen und bauen im Ausland
- Veranstaltungen



## Hemmnisse der Wohneigentumsbildung

### Forschungen Heft 106

Die Bildung von Wohneigentum durch Privathaushalte spielt vor dem Hintergrund der Vermögensbildung und vor der aktuellen Diskussion zur Altersvorsorge eine zunehmend bedeutende Rolle. Die günstigen Angebotsbedingungen der letzten Jahre (niedrige Zinsen, stagnierende Baupreise, verbesserte Förderbedingungen durch die Eigenheimzulage) führten bisher zu wachsendem Eigentumserwerb, jedoch werden die wohnungspolitischen Erwartungen noch nicht vollkommen erfüllt. Dabei steht der Erwerb von Wohneigentum auf der Wunschliste weit oben: Etwa 80 bis 90 % der Haushalte würden gerne in den eigenen vier Wänden leben, die tatsächliche Wohneigentumsquote liegt bundesweit jedoch nur bei etwa 42 %. Offenbar bestehen weiterhin Hemmnisse für den Erwerb von Wohneigentum, deren Ursachen im Rahmen des Ressortforschungsprojektes „Hemmnisse der Wohneigentumsbildung“ von empirica, Bonn, untersucht wurden.

Ein Schwerpunkt der Studie lag in Befragungen von Mieterhaushalten zu ihren möglichen Kaufabsichten sowie von lokalen und überörtlichen Sachverständigen. Die zwei zentralen Ursachen für die vergleichsweise geringe Eigentumsbildung sind vor allem auf

- die hohen Erwerbskosten sowie
- die sehr undifferenzierten Angebote zurückzuführen.

Aufgrund des allgemein hohen Preisniveaus ist für eine große Zahl interessierter Haushalte der Erwerb von Wohneigentum nicht realistisch, da ihre Einkommensverhältnisse eine derartige finanzielle Belastung nicht zulassen. Für die hohen Baupreise werden vor allem die Baulandkosten aufgrund der begrenzten Baulandbereitstellung als verantwortlich angegeben.

Haushalte, deren finanzieller Rahmen den Erwerb durchaus ermöglicht, entscheiden sich zum Teil gegen Wohneigentum, da die passenden Angebote fehlen bzw. sie kein vernünftiges Preis-Leistungs-Verhältnis sehen. Das Gros der klassischen Neubaugebote befindet sich an den Stadträndern bzw. im Umland und weist sich häufig durch monotone Architektur sowie ungünstige städtebauliche Einbindungen aus. Kaufentscheidungen für diese Objekte werden

daher zum Teil aufgrund mangelnder Alternativen getroffen. Dies betrifft vor allem Familien mit Kindern, die ihre Wohnbedürfnisse auf dem bestehenden Mietwohnungsmarkt nicht bzw. nur schlecht befriedigen können.

Verschiedene Strategien können zur Lösung dieses Dilemmas beitragen. Eine Ausweitung der Angebotsvielfalt bietet beispielsweise die Privatisierung der älteren Wohnungsbestände in den Städten, die Mobilisierung der innerstädtischen Baulandreserven, die Erhöhung der städtebaulichen und architektonischen Qualitäten von Neubaugebieten und die verstärkte Baulandbereitstellung in den Städten. Letztendlich wird es darauf ankommen, ein breites Angebot für Wohneigentum – sei es hinsichtlich der Preisstruktur, der Baustruktur oder der Standorte – am Markt zu platzieren, um die individuellen Bedürfnisse der potentiellen Nachfrager zu befriedigen und eine größere Zahl von Haushalten für den Eigenheimerwerb zu gewinnen.

Ein weiteres Hemmnis für die Eigentumsbildung – jedoch mit geringerer Bedeutung – wird in den erwerbsbegleitenden Dienstleistungen von Baufinanzierern, Maklern, Notaren, Bausachverständigen, öffentlichen Einrichtungen usw. gesehen. Ein besonderes Augenmerk gilt den Maklern, die zum Teil ein nicht befriedigendes Preis-Leistungsverhältnis aufweisen. Aber auch von den übrigen Berufsgruppen fühlen sich die potentiellen Erwerber oftmals nicht umfassend und neutral beraten.

Im zweiten Teil der Studie wird eine Analyse zu den Praktiken bei der Kreditvergabe durchgeführt, die im Ergebnis zeigt, dass die Banken insgesamt angemessene Kriterien bei der Vergabe der Kredite – wenn auch mit unterschiedlichen Instrumenten der Risikoprüfungen – festgelegt haben. Zukünftig wird sich nach Ansicht von empirica die individuellere Risikobewertung des einzelnen Kredits durchsetzen, jedoch ist derzeit nicht absehbar, ob eine Marktausweitung in Richtung „risikoreichere“ Kredite stattfinden wird.

Die Ergebnisse der Studie sind in der BBR-Schriftenreihe „Forschungen“, Heft 106, unter dem Titel „Hemmnisse der Wohneigentumsbildung“ veröffentlicht.

Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Tel.: 018 88 – 401 22 09 Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 7,50 € (zzgl. Versand) bezogen werden.

#### Ansprechpartner:

Iris Rohrbach  
Referat II 12  
Tel.: 018 88 – 401 15 76  
Tel.: 018 88 – 401 12 19  
E-Mail: Iris.Rohrbach@bbr.bund.de

## ExWoSt-Forschungsfeld „Stadtentwicklung und Stadtverkehr“ angelaufen

Mit dem Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) fördert das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) in Form von wissenschaftlich begleiteten Modellvorhaben innovative Planungsansätze und zukunftsweisende Konzepte in wichtigen städtebaulichen und wohnungspolitischen Fragestellungen.

Das Forschungsfeld knüpft an frühere Initiativen des BMBau/BMVBW im Bereich Stadtverkehr an, mit denen modellhafte Maßnahmen zur Lösung von Stadtverkehrsproblemen im Dienste einer nachhaltigen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung erprobt werden sollten. Im neuen Forschungsfeld stehen übergreifende Handlungskonzepte und „managementorientierte“ Maßnahmen zur integrierten Steuerung und Beeinflussung von Stadt- und Verkehrsentwicklung im Vordergrund.

Die ausgewählten sieben Modellvorhaben lassen sich insgesamt zwei großen Themenblöcken zuordnen, dem Problembereich „ÖPNV und Siedlungsentwicklung“ sowie „Mobilitätskonzepte/Mobilitätsmanagement“. Bei den vier Modellvorhaben zum Komplex „ÖPNV und Siedlungsentwicklung“ geht es konkret um folgende Fragestellungen:

- **Brandenburg:** Im Mittelpunkt steht hier die Problematik der Koordination von ÖPNV-Erschließung und städtebaulicher Entwicklung unter der für viele ostdeutsche Gemeinden charakteristischen Bedingung anhaltender Schrumpfungsprozesse.
- **Bremen/Oldenburg:** Im Modellvorhaben Bremen/Oldenburg geht es um die Abschätzung der Auswirkungen einer ÖPNV-orientierten Siedlungsentwicklung in Schienenhaltepunkten auf das Mobilitätsverhalten.
- **Eberswalde:** Das Modellvorhaben Eberswalde untersucht die Effekte einer städtebaulichen Entwicklung bahnhofsnaher Stadtquartiere ländlicher Zentren unter der Fragestellung, inwieweit sie als Aufwandschwerpunkte zur Stabilisierung ländlicher Räume wirken können.
- **Everswinkel:** Thema des Modellvorhabens Everswinkel ist die Erprobung von Konzepten zur integrierten Entwick-

lung von (Wohn)Siedlungsbereichen und öffentlicher Verkehrsinfrastruktur im suburbanen Stadtumland, speziell im Vergleich der Wirkungen unterschiedlicher ÖPNV-Angebote (Bahn versus Bus).

Drei weitere Modellvorhaben behandeln den Themenbereich „Mobilitätskonzepte/Mobilitätsmanagement“.

- **Dresden:** Ziel des Modellvorhabens Dresden ist die modellhafte Entwicklung und Umsetzung von Mobilitätsplänen und eines betrieblichen Mobilitätsmanagements verknüpft mit städtebaulichen Maßnahmen sowie einem Flächenmanagement.
- **München:** Auch im Modellvorhaben München geht es um die Erarbeitung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements unter der Zielsetzung, städtebauliche und verkehrliche Gestaltungsspielräume für eine nachhaltige Flächennutzung zu gewinnen.
- **Würselen:** Das Modellvorhaben Würselen schließlich behandelt die konzeptionelle Entwicklung und planerische Umsetzung eines überbetrieblich-standortbezogenen Mobilitätsmanagements für ein gesamtes, großflächiges Gewerbegebiet.

Die Projektforschung in den Modellvorhaben wird ergänzt durch vier Sondergutachten mit folgenden Themen:

- Umsetzungsstrategien zur Koordination von ÖPNV-Erschließung und städtebaulicher Entwicklung
- Integrierte Nutzungs- und Erschließungskonzepte in breiter Trägerschaft für Innenstädte
- Lärminderung durch Anpassung von Siedlungs- und Bebauungsstrukturen sowie durch Abstimmungsprozesse
- Veränderungen von Bevölkerungsdichte und -zusammensetzung und ihre Wirkungen auf Siedlungs- und Verkehrsstrukturen („Entleerungsräume“)

Die Ergebnisse der Sondergutachten sollen Ende 2002 vorliegen. Der Abschluss der Modellvorhaben und die Schlussberichte zur Projektforschung sind für den Sommer 2003 terminiert. Nach einer Auswertungsphase ist anschließend die Publikation der Ergebnisse des Forschungsfeldes vorgesehen.

Projektstandorte



### Ansprechpartner:

#### Projektleitung:

Dr. Dieter Kanzlerski  
Gerd Würdemann  
Referat I 5 „Verkehr und Umwelt“  
Tel.: 018 88 – 401 22 34  
Tel.: 018 88 – 401 23 02  
Fax: 018 88 – 401 22 60  
E-Mail:  
Dieter.Kanzlerski@bbr.bund.de  
Gerd.Wuerdemann@bbr.bund.de

#### Forschungsassistent:

Institut für Stadt-  
bauwesen und Stadt-  
verkehr  
der RWTH Aachen (ISB)  
Mies-van-der-Rohe-Str. 1  
52074 Aachen  
Tel.: 0241 – 80 26 202  
Fax: 0241 – 80 22 247  
Dipl.-Ing. Thomas  
Wehmeier  
E-Mail:  
wehmeier@isb.rwth-  
aachen.de

## 3 stadt 2

Neue Kooperationsformen  
in der Stadtentwicklung

Ein ExWoSt-Forschungsfeld

## Auftakt zum neuen ExWoSt-Forschungsfeld 3stadt2 – Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung

Seit Januar 2002 ist das neue ExWoSt-Forschungsfeld „3stadt2 – Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung“ mit fünf Modellvorhaben in die Experimentierphase vor Ort übergegangen. Im Forschungsfeld „3stadt2“ geht es darum, neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung in Modellvorhaben praktisch zu erproben und wissenschaftlich zu begleiten. Neu ist insbesondere die Zusammenarbeit von Bürgern, Investoren und öffentlicher Hand in Fragen der Stadtentwicklung.

Die Verknüpfung der klassischen Idee von Bürgerbeteiligung mit dem Ansatz des Public Private Partnership führt zu dem **neuen Ansatz der trilateralen Kooperation**. Während bislang regelmäßig nur Kooperationen zwischen zwei zentralen Akteuren der Stadtentwicklung betrachtet wurden, führt „3stadt2“ jetzt mit Bürgern, Investoren und öffentlicher Hand die drei unverzichtbaren Hauptakteure städtischer Entwicklung direkt zusammen.

Ziel des Forschungsfeldes ist es, Rahmenbedingungen und interne Strukturen für trilaterale Kooperationen zu identifizieren, die

- eine Erhöhung der Planungs- und Projektqualität ermöglichen,
- schnellere und flexiblere Lösungen von Planungsaufgaben unterstützen,
- Arbeitserleichterungen für die Planungsverwaltungen nach sich ziehen,
- eine Entlastung öffentlicher Haushalte bedeuten und
- die Einlösung des Bürgeranspruchs auf „guten“ und „preiswerten“ Output unterstützen.

Darüber hinaus ist es ein zentrales Ziel des Forschungsfeldes, die Leistungsfähigkeit trilateraler Kooperationen zu messen und steuerungsrelevante Kennzahlen für Politik und Verwaltungspraxis zu entwickeln.

Die Ausschreibung des BBR für die Teilnahme an „3stadt2“ als Modellvorhaben ist auf sehr große Resonanz gestoßen: Dies zeigt die Bedeutung, die innovative Formen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteursgruppen in der Stadtentwicklung mittlerweile haben. Es zeigt aber auch, wie kreativ und lösungsorientiert bereits in den Städten und Gemeinden mit den neuen Herausforderungen der Stadt umgegangen

wird. Aus den mehr als 50 Bewerbungen wurden folgende fünf Projekte als **Modellvorhaben** in das Forschungsfeld aufgenommen.

- Integriertes Handlungskonzept **Bonn-Beuel**
- Schaffung eines neuen Siedlungsgebietes „Breipohl“ in **Bielefeld Senne**
- Entwicklung und Stabilisierung des Stadtteilzentrums von **Gelsenkirchen-Buer**
- Planung, Entwicklung und Umsetzung eines neuen Hochschulstadtteils im Süden von **Lübeck**
- Neubebauung einer Fläche im Rahmen des Flächenrecyclings in **Osnabrück**

Die Modellvorhaben versprechen über ihre ganz spezifische Zugangsweise zu Prozessen trilateraler Kooperationen wichtige Erkenntnisse zur Leistungsfähigkeit neuer Kooperationsformen in der Stadtentwicklung. Zusammen mit den Projektforschern, die die Prozesse vor Ort analysieren, werden in den nächsten knapp drei Jahren wertvolle neue Erfahrungen gesammelt und handfeste Ergebnisse erarbeitet, die die Chancen und Risiken komplexer Kooperationen in der Stadtentwicklung genauer umreißen.

Die Experimentierphase in den Modellstädten ist auf zwei Jahre angelegt und endet am 31.12.2003. Daran schließt sich eine Auswertungsphase von zehn Monaten an, in denen die Erkenntnisse aus den Modellstädten ausgewertet und für die Fachöffentlichkeit in Wissenschaft und Politik aufbereitet werden.

BBR und BMVBW werden die Ergebnisse aus den Modellstädten und den Fachveranstaltungen zum Forschungsfeld in bewährter Manier in den „ExWoSt-Mitteilungen“ und in der BBR-Reihe „Werkstatt: Praxis“ publizieren. Zugleich können sich alle Interessierten auf den Internetseiten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung ([www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)) über das Forschungsfeld informieren.

Mit der Auftaktveranstaltung am **15. April 2002** im BBR in Bonn wird das Startsignal für einen breit angelegten Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraxis gegeben.

### Ansprechpartner:

#### Projektleitung:

Dr. Peter Jakobowski  
Referat I 4 „Wirtschaft  
und Gesellschaft“  
Tel.: 018 88 – 401 22 43  
Fax: 018 88 – 401 23 46  
E-Mail:  
[Peter.Jakubowski@  
bbr.bund.de](mailto:Peter.Jakubowski@bbr.bund.de)

#### Forschungsassistenz:

Forschungs- und Informations-Gesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung (FIRU mbH)  
Karl-Marx-Straße 27 B  
67655 Kaiserslautern  
Tel: 0631 – 36245-0  
Fax: 0631 – 36245-99  
Dipl.-Ing. Sabine Herz  
E-Mail:  
[S.Herz@FIRU-mbH.de](mailto:S.Herz@FIRU-mbH.de)  
Dipl.-Ing. Dietmar Schaadt  
E-Mail:  
[D.Schaadt@  
FIRU-mbH.de](mailto:D.Schaadt@FIRU-mbH.de)

## Initiative Architektur und Baukultur Kongress „Baukultur in Deutschland“

Vom 3. bis 5. Dezember 2001 fand in Köln der Kongress „Baukultur in Deutschland“ statt, ein wichtiger Meilenstein der Initiative Architektur und Baukultur, die sich hier einer breiten Öffentlichkeit vorstellte. Sie war im Oktober 2000 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) gestartet worden; Partner in der Initiative sind neben den Berufsverbänden von Architekten und Ingenieuren auch andere Institutionen aus den verschiedenen Bereichen des Planens und Bauens. Nach Abschluss der Anlaufphase ist klar: Baukultur kann nicht nur am guten Endprodukt, dem „schönen Haus“ gemessen werden, vielmehr geht es der Initiative um Qualitätssicherung für den gesamten Prozess der Planung, Herstellung und Nutzung der gebauten Umwelt. Dieses Feld ist weit, es reicht von der Landschaftsgestaltung bis zur Türklinke. Deshalb tat eine umfassende Bestandsaufnahme not, zu sehr war die Diskussion bislang auf subjektive Einschätzungen angewiesen.

Auf dem Baukultur-Kongress, der vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vorbereitet worden war, legte das BMVBW nun als Zwischenbilanz einen Statusbericht zur Baukultur in Deutschland vor. Dieser bietet auf der Grundlage von Umfragen und Interviews erstmals einen aktuellen Überblick über Rahmenbedingungen und Akteure der Baukultur. Um die einzelnen Akteure zu einer Verstärkung ihrer baukulturellen Aktivitäten zu motivieren, formuliert der Autor des Berichts, Prof. Dr. Gert Kähler, zahlreiche Empfehlungen. Diese reichen von der Aufforderung an den Staat, sich baukulturell mehr als bisher auch international darzustellen, bis zum Hinweis an Bildungseinrichtungen, Fragen der ge-



bauten Umwelt verstärkt im Unterricht zu behandeln.

Der Kongress bot den etwa 600 Teilnehmern ein Forum für den Austausch. In Podiumsdiskussionen wurde nach Leitbildern und Qualitätskriterien gefragt; die Ansichten von Architekten, Denkmalpflegern, Investoren und Kritikern lagen erwartungsgemäß weit auseinander. Konsens herrschte dagegen über die grundsätzliche Bedeutung der Initiative auch für die Zukunft. Sie soll als Kommunikationsplattform erhalten bleiben, weiterhin die am Planungs- und Baugeschehen Beteiligten und Interessierten bundesweit zusammenführen und das Thema in die Öffentlichkeit tragen. Infolge dieses eindeutigen Meinungsbildes hat das BMVBW beschlossen, sich auch zukünftig verstärkt mit dem Thema Baukultur zu beschäftigen. Positiv aufgenommen wurde auch der Gedanke, die Ziele der Initiative Architektur und Baukultur durch Gründung einer Stiftung Baukultur zu unterstützen. Zunächst soll jedoch die Basis der Initiative verbreitert werden; die zwischenzeitlich gegründeten Landesinitiativen sowie Aktivitäten in Regionen und Städten werden einbezogen.

Für das BBR ergibt sich daraus rund um das Thema Baukultur ein vielfältiges Arbeitsprogramm mit der Zielsetzung, Baukultur als Dauerthema in Forschung und Politikberatung zu etablieren. Dabei geht es zunächst um Koordinationsaufgaben in der Geschäftsstelle der Initiative. Geplant sind verschiedene Veranstaltungen und Veröffentlichungen, darunter eine Dokumentation des Kongresses sowie eine Langfassung des Statusberichts samt Umfrageergebnissen und Interviews. Um Orientierungspunkte in dem derzeit noch offenen Themenfeld zu definieren, soll mittelfristig ein tragfähiges Netzwerk aus Experten und Interessierten aufgebaut werden. Und zur Ermittlung von Grundlagenwissen wird gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung ein neuer Schwerpunkt „Baukultur“ im dortigen Forschungsfeld „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ entwickelt.

Im Rahmenprogramm des Kongresses stellten sich zwei Kölner Projekte vor: das Kölner Stadtmodell und das Internet-Portal [koelnarchitektur.de](http://koelnarchitektur.de)



Der Statusbericht kann angefordert werden bei:  
Bundesministerium für  
Verkehr, Bau- und  
Wohnungswesen  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin  
Tel.: 030 – 20 08 30 60  
Fax: 030 – 20 08 19 42

### Ansprechpartner:

Dr. Olaf Asendorf  
Projektgruppe „Architektur und Baukultur“  
Tel.: 01888 – 401 12 71  
Fax: 01888 – 401 15 49  
E-Mail:  
[Olaf.Asendorf@bbr.bund.de](mailto:Olaf.Asendorf@bbr.bund.de)

In der Reihe *Forschungen* erscheinen folgende Berichte:

„Kriterien für die räumliche Differenzierung des EU-Territoriums:“

- Wirtschaftliche Stärke (Heft 98.1)
- Economic Strength (Heft 98.2)
- Kulturelles Erbe \* (Heft 100.1)
- Cultural Assets \* (Heft 100.2)
- Geographische Lage \* (Heft 102.1)
- Geographical Position \* (Heft 102.2)

\* im Druck

Preis: je 5,00 € (zzgl. Versand)

Endbericht des SPESP:

- Studienprogramm zur Europäischen Raumplanung. Endbericht (Heft 103.1, in Vorbereitung)
- Study Programme on European Spatial Planning. Final Report (Heft 103.2, erschienen)

Preis: je 8,00 € (zzgl. Versand)

Bestelladresse:

Selbstverlag des BBR  
Postfach 21 01 50  
53156 Bonn  
E-Mail:  
selbstverlag@bbr.bund.de

Die Berichte sind auch unter [www.nordregio.se](http://www.nordregio.se) (→ ESDP) verfügbar.

#### Ansprechpartner:

Dr. Karl Peter Schön  
Referat I 3 „Europäische Raum- und Stadtentwicklung“  
Tel.: 01888 – 401 23 29  
Fax: 01888 – 401 22 60  
E-Mail:  
Peter.Schoen@bbr.bund.de

## ESPON 2006: Start des Programms steht unmittelbar bevor

Seit etwa zehn Jahren arbeiten die Raumordnungsminister der EU-Mitgliedstaaten sowie die Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission kontinuierlich zusammen und diskutieren Fragen, Probleme und Lösungsmöglichkeiten der europäischen Raumentwicklung. Ein wichtiges Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist das Europäische Raumentwicklungskonzept EUREK (Potsdam 1999).

Das EUREK verbindet die wissenschaftliche Beschreibung der aktuellen Trends der europäischen Raumentwicklung mit politischen Wertungen dieser Ergebnisse und der Verständigung auf Ziele, Handlungsbedarfe und politische Handlungsoptionen. Die wissenschaftliche Politikberatung hat einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des gesamten EUREK-Prozesses geleistet. Schon 1994 – auf ihrem informellen Treffen in Leipzig – beschlossen die Raumordnungsminister, die europäische Ebene der Politikberatung zu stärken und ein europäisches Observatorium zur Raumentwicklung in Form eines Netzwerks nationaler raumwissenschaftlicher Forschungs- und Politikberatungseinrichtungen zu etablieren. Hierzu kam es jedoch zunächst nicht; erst jetzt – beginnend im Jahre 2002 und beschränkt auf vorerst fünf Jahre bis zum Jahr 2006 – wird das „European Spatial Planning Observation Network“ (ESPON) implementiert.

Vorangegangen war eine einjährige Pilotphase (1999/2000): das „Studienprogramm zur europäischen Raumplanung“ (SPESP). Der Endbericht des SPESP sowie die drei Teilberichte mit deutscher Beteiligung werden zur Zeit in der Schriftenreihe *Forschungen* des BBR im englischen Original und in deutscher Übersetzung veröffentlicht (s. Randspalte).

ESPON 2006 ist als Programm im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III vorgesehen. Die EU-Mitgliedstaaten haben (unter Federführung von Luxemburg) einen gemeinsamen Antrag unter dem Titel „*The ESPON 2006 Programme – Programme on the spatial development of an enlarging European Union*“ bei der Europäischen Kommission eingereicht, der zurzeit geprüft wird. Es wird erwartet, dass das Programm in Kürze genehmigt wird und mit der Durchführung des Programms im Frühjahr 2002 begonnen werden kann.

Das ESPON 2006 Programm sieht fünf Prioritäten vor:

- Thematische Projekte zu wichtigen Aspekten der Raumentwicklung (polyzentrales Städtensystem, Stadt-Land; Infrastruktur- und Wissensnetze; natürliches und kulturelles Erbe)
- Wirkungsanalysen europäischer Politiken (räumliche Wirkungen der Sektorpolitiken und der Strukturfonds; Institutionen und Instrumente der Raumentwicklungspolitik auf den verschiedenen räumlichen Ebenen)
- Koordinierende Querschnittsprojekte und Szenarien zur europäischen Raumentwicklung
- ESPON-Implementation und Vernetzung
- Technische Unterstützung, Informationsstrategie

Das Programm wird durch ein von den 15 EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission gebildetes *Monitoring Committee* gesteuert; es ist vorgesehen, weitere Staaten (die Beitrittsstaaten, Norwegen, Schweiz) mit Beobachterstatus einzubeziehen. Unterstützt wird das *Monitoring Committee* durch eine Koordinationseinheit, die ihren Sitz in Esch-sur-Alzette in Luxemburg hat. Zur dezentralen Koordination trägt auch das Netzwerk nationaler *ESPON Contact Points* bei; das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ist der *ESPON Contact Point* für Deutschland.

Das ESPON-Programm wird in insgesamt ca. 20 Projekten durchgeführt. Das Gesamtvolumen des Programms beläuft sich auf 12 Mio. Euro. Für jedes Projekt werden zurzeit *terms of reference* entwickelt und ein Interessenbekundungsverfahren eingeleitet. Alle Projekte werden in transnationalen Projektgruppen durchgeführt, die aus mindestens drei (bzw. für die Querschnittsprojekte: sechs) Partnern aus verschiedenen Mitgliedstaaten gebildet und durch einen *lead partner* vertreten werden. An jedem Projekt soll mindestens ein *ESPON Contact Point* beteiligt sein, um die Kohärenz und Vernetzung des gesamten Programms sicherzustellen.

Aktuelle Informationen finden Sie zukünftig unter [www.espon.org](http://www.espon.org) (demnächst) und [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de).

## Planen und Bauen über Grenzen Deutsche investieren, planen und bauen im Ausland

### Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4/5.2001

Verantwortungsvolles Planen und Bauen im Ausland ist heute geprägt vom gelebten Dialog und nicht vom puren Export austauschbarer Blaupausen. Als der Architekt Le Corbusier in den 50er Jahren die indische Stadt Chandigarh entwarf, gestaltete er die Stadt aus der Ferne, ohne jeden Ortsbezug und keinem *genius loci* verpflichtet. Sein Bild einer Stadt scheiterte. Die Bewohner der Stadt eigneten sich die Häuser, Straßen und Plätze, die nach funktionalen europäischen Kriterien konstruiert waren, an und nutzen sie in ihrem traditionellen, indischen Sinne um. Vermutlich würde Le Corbusier heute erst recht scheitern. Denn die Herausforderungen und Probleme für den Städtebau gerade in den Entwicklungsländern sind in den letzten Jahren dramatisch gewachsen. In nur 30 Jahren hat sich die städtische Bevölkerung in Entwicklungsländern verdreifacht. Wohnraum ist zu schaffen, ein Mindeststandard an technischer und sozialer Infrastruktur bereitzustellen, Gewerbegebiete sind zu erschließen, Verkehrs- und Energieprobleme zu lösen. Bei alledem treffen die – auch in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern – wachsenden (Konsum-) Bedürfnisse einer größer werdenden Bevölkerung auf die begrenzten Möglichkeiten eines „kleinen Planeten“.

Vom Blueprint-Export zur Kooperation in globaler Verantwortung. Die unterschiedlichsten Aktivitäten deutscher Planer, Architekten und Ingenieure im Ausland zeigen, dass heute in Deutschland wesentlich mehr als nur Blaupausen für Bauten und Planwerke im Ausland angefertigt und in alle Welt verschickt werden. Fachleute haben sich schon längst – nicht nur aus Gründen der Imagepflege – über eine dem jeweiligen *genius loci* verpflichteten Arbeit am Objekt zusammen mit den örtlichen Akteuren verständigt. Zentrale Handlungsempfehlungen des Nachhaltigkeitskonzeptes der Agenda 21 spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Bereitschaft, von den Fachleuten und Akteuren vor Ort zu lernen.

So hat auch die deutsche Bauwirtschaft immer wieder ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, sich auf veränderte Rahmenbedingungen und Anforderungen vor Ort einzustellen. Leitmotiv ist dabei das enge

Zusammenwirken von Planung und Bauausführung. Auch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung verfügt über Erfahrungen mit dem Planen und Bauen im Ausland. In allen Teilen unserer Welt betreuen die Bauabteilungen über 750 Liegenschaften mit rund 2000 Gebäuden, decken somit den Flächenbedarf fast aller Bundesdienststellen und unterstützen diese bei der Bauunterhaltung in baufachlicher Hinsicht.

Planen und Bauen über Grenzen bedeutet aber auch staatliche und nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit zu fördern. Neben den staatlichen Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit kommt den Nichtregierungsorganisationen eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung von Förderstrategien sowie der Stärkung der Selbsthilfetätigkeit und der Organisation der Betroffenen zu.

Die Ausbildung einheimischer Architekten und Planer wird heute zumeist in entsprechenden Einrichtungen der Entwicklungs- und Schwellenländer gewährleistet. Oftmals sind diese Einrichtungen die Erfolgsstorys des dortigen Hochschulsystems. Es gibt aber auch in Deutschland Ausbildungsmöglichkeiten, wie etwa den englischsprachigen Studiengang „Infrastructure Planning“ an der Universität Stuttgart.

Das Themenheft „Planen und Bauen über Grenzen“ der Zeitschrift „Informationen zur Raumentwicklung“ (IzR) enthält theoretische Beiträge und praktische Beispiele – zur Verstärkung der Welt, zur Erörterung klassischer und künftiger Stadtmodelle, zu städtebaulichen Modellplanungen, zu neuen Wegen der Selbsthilfe, des Selbstbaus und der Slumsanierung, zu neuen Formen des Auslandsbaus der Bauindustrie, zur Rolle deutscher Architekten und Planer im Ausland sowie der internationalen Zusammenarbeit von Hochschulen und Verwaltungen.



Die Veröffentlichung kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Tel.: 018 88 – 401 22 09 Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 10,23 € (zzgl. Versand) bezogen werden.

#### Ansprechpartner:

André Müller  
Referat I 3 „Europäische Raum- und Stadtentwicklung“  
Tel.: 018 88 – 401 23 04  
Fax: 018 88 – 401 22 60  
E-Mail: Andre.Mueller@bbr.bund.de

**Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag**

Bundesamt für  
Bauwesen und Raumordnung  
Deichmanns Aue 31–37, 53179 Bonn  
Telefon: 0 18 88 - 4 01 - 0  
Telefax: 0 18 88 - 4 01 - 22 66  
web: <http://www.bbr.bund.de>

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

**G 7718 F**

**Verantwortlich**

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

**Redaktionelle Bearbeitung**

Gabriele Bockshecker

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen  
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.  
Interessenten erhalten sie kostenlos.  
Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

**Zitierweise:**

Informationen aus der Forschung des BBR 1/ 2002 – Februar

ISSN 1434 – 9590

## Veranstaltungsankündigungen

**Voranmeldungen****– Öffentlicher Raum**

Deutsche Akademie für  
Städtebau und Landes-  
planung  
Geschäftsstelle  
Gubener Straße 49  
10243 Berlin  
Tel.: 030 – 293628–25  
Fax: 030 – 293628–26  
E-Mail:  
[dasl-berlin@t-online.de](mailto:dasl-berlin@t-online.de)

**– FORUM Städtenetze**

Institut Raum & Energie  
Erlenweg 3  
22880 Wedel  
Tel.: 041 03 – 16 041  
Fax: 041 03 – 16 298  
E-Mail:  
[institut@raum-energie.de](mailto:institut@raum-energie.de)

**Öffentlicher Raum und Stadtgestalt*****Planungskulturelle Herausforderungen in Zeiten strukturellen Wandels***

Gemeinsame Fachtagung von

BBR Bundesamt für Raumordnung und  
Bauwesen

DASL Deutsche Akademie für Städtebau  
und Landesplanung

24. und 25. Mai 2002, Chemnitz

Die Qualität und Funktionsfähigkeit unserer  
Städte erweist sich in den öffentlichen Räu-  
men: auf Plätzen, Straßen, in Parks und  
Grünflächen. Ihre Konzeption und Ausge-  
staltung sind besonderer Beleg für Pla-  
nungs- und Baukultur.

Wie verändern sich aktuell die Stadträume?  
Welche neuen Herausforderungen bringen  
Strukturwandel und Stadtbau mit sich?  
Welche neuen Bedingungen resultieren aus  
der Finanznot der Kommunen, aus wirt-  
schaftlicher Stagnation und den Schrumpf-  
prozessen vor allem in den neuen Ländern?  
Welche Anforderungen werden unter-  
schiedliche Bevölkerungsgruppen und das  
städtische Gemeinwesen in Zukunft an  
öffentliche Räume stellen?

Wie werden Stadtqualitäten von der  
Gesellschaft wahrgenommen?  
Welche Konsequenzen ergeben sich für den  
Städtebau und eine qualitätssichernde  
Planungskultur?

Diesen Fragen werden Beiträge aus Politik  
und Öffentlichkeit, Wissenschaft und Pla-  
nungspraxis nachgehen.

**FORUM Städtenetze  
– Fachtagung 2002*****Knappere Spielräume – Verstärkung re-  
gionaler Allianzen oder Aktivierung  
kommunaler Konkurrenzen?***

Eine Fachtagung von BBR und BMVBW

22. und 23. April 2002 im AGIT-Technologie-  
zentrum Aachen

Viele Städte haben heute oder in Zukunft  
mit Belastungen und Einnahmeverlusten  
durch sinkende Bevölkerungszahlen,  
Wohnungsleerstände und unterausgelastete  
Infrastruktureinrichtungen zu kämpfen –  
nicht nur in Ostdeutschland.

Welche Bedeutung haben interkommunale  
Kooperationen heute unter diesen ver-  
schärften Bedingungen? Auf welche räumli-  
che Konstellationen beziehen sie sich? Auf  
„Zentren“ im Sinne einer idealtypischen  
Vorstellung von Städtenetzen, auf flächen-  
hafte Kooperationen oder auf spezifische  
Stadt-Umland-Zusammenhänge?

Solche Fragen diskutieren Wissenschaftler  
und Praktiker in Aachen. Im Einzelnen geht  
es um

- planerische Optionen, die trotz oder ge-  
rade wegen der „Schrumpfungsprozesse“  
bestehen,
- kommunale Reaktionsmuster auf die ver-  
änderten Rahmenbedingungen,
- Möglichkeiten der gezielten regionalen  
Arbeitsteilung und des Lastenausgleichs,
- Ansätze zur Weiterentwicklung inter-  
kommunaler Kooperationen im Zusam-  
menwirken mit anderen Instrumenten.